

## Stadt Raguhn-Jeßnitz

### Sitzungsniederschrift öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Raguhn-Jeßnitz vom 19.08.2020

**Ort: Rathaus Jeßnitz (Anhalt) -  
Ratssaal im Erdgeschoss**

**Beginn: 19.00 Uhr**

**Ende: 21.17 Uhr**

#### Teilnehmer

##### **Anwesend:**

Herr Bernd Marbach  
Herr Nils Naumann  
Herr Manfred Paulik  
Herr Hannes Loth  
Herr Manfred Dreißig  
Frau Gudrun Dietsch  
Herr Klaus Zschocke

##### **Abwesend:**

Herr Tilo Hörtzsch  
Herr Uwe Fromme

##### **Aus der Verwaltung:**

Frau Mädchen-Vötig, Fachbereichsleiterin Zentrale Dienste und  
Soziales, Öffentliche Sicherheit und Ordnung  
Frau Gramsch, Kämmerin  
Herr Wolf, Kämmerer  
Frau Engelhardt, Protokollantin  
Frau Bowens, Protokollantin

#### **Vorläufige Tagesordnung**

##### Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit	
2.	Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung	
3.	Einwohnerfragestunde	
4.	Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 03.06.2020 (öffentlicher Teil)	
5.	Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse aus der Sitzung vom 03.06.2020 (Protokollkontrolle) sowie Informationen aus der Verwaltung (öffentlicher Teil)	
6.	Information des Bürgermeisters über die Annahme von Spenden	
7.	Vorberatung zu den Beschlüssen des öffentlichen Teils der Tagesordnung zur Stadtratssitzung am 25.08.2020	
7.1	Forderung eines kommunalen Rettungsschirms "Schlankes Land, schlanker Landkreis - starke Städte und Gemeinden"	55-2020
7.2	Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für den Neubau Straßenbeleuchtung Alte Bahnhofsstraße Schierau	57-2020
7.3	Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für den Einsatz einer neuen Finanzsoftware	46-2020
7.4	Erhebung Elternbeiträge für den Monat Mai 2020 während der Corona-Pandemie	51-2020
7.5	Mitgliedschaft in der "Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt"	52-2020

8.	Anfragen und Anregungen der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschussvorsitzenden
----	---

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
----	--

Das Diktiergerät wird für die Aufzeichnung der Beratung in Betrieb genommen.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Marbach, eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung. Er begrüßt die anwesenden HFA – Mitglieder, den Mitarbeiter und die Mitarbeiterinnen aus der Verwaltung. Die Einberufung ist ordnungsgemäß erfolgt. Die Beschlussfähigkeit ist mit 7 anwesenden HFA – Mitgliedern gegeben.

Herr Marbach stellt Herrn Wolf als zukünftigen Kämmerer vor. Frau Bowens übernimmt den Sitzungsdienst für HFA und Stadtrat gemeinsam mit Frau Engelhardt. Frau Bowens und Frau Kühnapfel haben die Ausbildung abgeschlossen und wurden als Mitarbeiterinnen übernommen.

2.	Änderungsanträge zum öffentlichen Teil der Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
----	--

- keine Änderungsanträge

Abstimmung zum öffentlichen Teil der vorliegenden Tagesordnung: 7 Ja-Stimmen

3.	Einwohnerfragestunde
----	----------------------

Entfällt, da keine Einwohner anwesend sind.

4.	Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 03.06.2020 (öffentlicher Teil)
----	---

- keine Einwendungen

Abstimmung zum öffentlichen Teil der Niederschrift vom 03.06.2020: 3 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

5.	Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse aus der Sitzung vom 03.06.2020 (Protokollkontrolle) sowie Informationen aus der Verwaltung (öffentlicher Teil)
----	--

Eine entsprechende Ausreichung liegt allen Mitgliedern vor. Der Bürgermeister ergänzte seine Ausführungen (als Anlage zum Protokoll).

### Zusätzliche Informationen des Bürgermeisters

- Herr Marbach informiert die Anwesenden, dass die Verwaltung vom 07.09.2020 bis zum 11.09.2020 für den Besucherverkehr geschlossen werden muss. In diesem Zeitraum erfolgt die Umstellung des Zentralrechners. Ein neuer Server wird aufgebaut und die Arbeitsplätze werden neu bestückt. Für diesen Zeitraum ist das Schalten von zwei

separaten Telefonnummern vorgesehen. Sie dienen der Gefahrenabwehr und für allgemeine Bürgeranfragen. Eine Veröffentlichung im Amtsblatt ist vorgesehen. Die Information ist auf der Homepage bereits verfügbar. Für das Erstellen von melderechtlichen Dokumenten ist hier die Gemeinde Muldestausee zuständig.

- Der Bürgermeister informiert über die nächsten Termine:  
16.09.2020 Sitzung Haupt- und Finanzausschuss  
30.09.2020 Sitzung Stadtrat
- Frau Dietsch fragt an, wer für den Bereich Kindertagesstätte zuständig sein wird. Frau Mädchen-Vötig informierte über die künftige Aufgabenverteilung.

6.	Information des Bürgermeisters über die Annahme von Spenden
----	---

Eine entsprechende Ausreichung liegt allen Mitgliedern vor.

7.	Vorberatung zu den Beschlüssen des öffentlichen Teils der Tagesordnung zur Stadtratssitzung am 25.08.2020
----	---

7.1	Forderung eines kommunalen Rettungsschirms "Schlankes Land, schlanker Landkreis - starke Städte und Gemeinden"	55-2020
-----	--	---------

Der Bürgermeister verweist auf die bereits ausgehändigten Unterlagen und führt aus, dass

- die Stadt Raguhn-Jeßnitz vor immensen finanziellen Herausforderungen steht. Die Liquidität ist eingeschränkt und fast aufgebraucht. Die finanzielle Ausstattung der Kommune muss verbessert werden.
- neue Gewerbestandorte ausgewiesen werden müssen, dann könnten sich neue Gewerbe ansiedeln.
- die örtliche Infrastruktur fast verschlissen sei.
- Kosteneinsparungen durch den Gebietsänderungsvertrag nahezu unmöglich sind.
- die Kommunen während der Pandemie die Hauptarbeit leisten mussten. Die Kosten sind nicht unerheblich.
- sich die schwierige Haushaltslage durch die Pandemie weiter verschlechtern wird. Die

Mittel aus dem kommunalen Finanzausgleich sollten drastisch erhöht werden. Mittel sollten den Kommunen aus dem Bundeshaushalt zugewiesen werden.

- die Verwaltungsabläufe schwieriger werden.
- die Bindung bei Fördermittelprogrammen Kommunen vor einen immensen Aufwand darstellt. Die finanziellen Mittel sind bei der entsprechenden Bank darzustellen. Überdies gibt es kaum Einsparungen durch Ausschreibungen. Das Fördermittel-System bedarf einer generellen Reformierung. Schwierig sei auch, dass die Überprüfung eines Antrages zu viel Zeit in Anspruch nimmt. Außerdem sollten Eigenanteile nicht vorgehalten werden müssen.

### Fragen und Anregungen

Herr Dreißig möchte wissen, welche Wirkung erzielt werden soll. Wer ist Wortführer der Organisation und bringt die Angelegenheit in die Öffentlichkeit?

Der Bürgermeister erklärt, dass hier keine geschlossene Linie dahinter steht. Es gibt keinen Wortführer.

Herr Loth weist daraufhin, dass die Haushaltslage in jedem Haushaltsjahr dieselbe sein. Er spricht sich dafür aus, innerhalb der nächsten Jahre keinen weiteren Haushalt zu beschließen. Man müsse ein klares Zeichen setzen. Er fordert für den Haushalt eine entsprechende Ausstattung mit finanziellen Mitteln vom Land. Dies sei die größte Art des Widerstands. Pflichtaufgaben können geradeso und freiwillige Aufgaben kaum noch erfüllt werden.

Herr Marbach stimmt Herrn Loth insofern zu, dass man die Stimme erheben müsse. Allerdings müssen wir bestrebt sein, einen Ausweg aus der derzeitigen Lage zu finden.

Frau Dietsch merkt an, dass man die Stimme nur erheben könne, wenn innerhalb des Gremiums ein Wortführer bestimmt wird. Dem stimmt auch Herr Dreißig zu.

Herrn Naumann fehlen konkrete Zahlen. Er möchte wissen, welche finanziellen Auswirkungen sich ergeben werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich im Vorjahr, aus den Fraktionen heraus, eine Arbeitsgruppe zum Haushalt gebildet hat. Er regt an, dies zu wiederholen und teilt mit, dass inzwischen auch die Eröffnungsbilanz bestätigt sei.

Beschluss 55-2020 lautet wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt die Forderung nach einem kommunalen Rettungsschirm anlässlich der aktuellen Coronakrise.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 7	davon anwesend	: 7
<b>Abstimmung</b>	<b>Ja : 7</b>	<b>Nein : 0</b>	<b>Enthaltungen : 0</b>
Mitwirkungsverbot	: 0		

7.2	Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für den Neubau Straßenbeleuchtung Alte Bahnhofsstraße Schierau	57-2020
-----	---	---------

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Mitnetz Strom die Freileitung abnimmt und erdverlegt. Bezüglich des Straßenbeleuchtungskabels ist ebenfalls eine Erdverlegung (Straßengraben) möglich. Diese Maßnahme war im Haushaltsplan nicht vorgesehen, sodass hier eine Bereitstellung außerplanmäßiger Finanzmittel notwendig ist. Die Kämmerei hat die Finanzmittel entsprechend nachgewiesen/zusammengefasst. Eine Umstellung auf LED kann erfolgen.

Herr Loth möchte wissen, wie hoch der Fördermittelsatz derzeit ist.

Der Bürgermeister entgegnet, dass dieser bei Null liegt. Es gibt hierfür keine Förderung vom Land. Jedoch bekommen wir eine Förderung von der enviaM, eine finanzielle Zuwendung, in Höhe von 4.000 Euro.

Herr Loth fragt, ob das Stark-Programm ausgelaufen ist und die Maßnahme auf die Anwohner umgelegt werden kann.

Herr Marbach erklärt, dass es sich hier nicht um das Stark-Programm handelt. Eine Bearbeitung des Antrages auf Fördermittel würde bei der Investitionsbank ca. 1 Jahr dauern. Deshalb wurde kein Antrag auf Fördermittel gestellt. Diese Maßnahme ist umlagefähig, aber eine finanzielle Beteiligung der Anwohner aufgrund der politischen Diskussion im Land nicht vorgesehen.

Beschluss 57-2020 lautet wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt, die außerplanmäßige Mittelbereitstellung für den Neubau der Straßenbeleuchtung in der Bahnhofstraße Schierau in Höhe von 30.000 € bereitzustellen. Die Mittel können aus der Haushaltsstelle 541100.096200-1021 zur Verfügung gestellt werden.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 7		davon anwesend : 7
<b>Abstimmung</b>	<b>Ja : 7</b>	<b>Nein : 0</b>	<b>Enthaltungen : 0</b>
Mitwirkungsverbot	: 0		

7.3	Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für den Einsatz einer neuen Finanzsoftware	46-2020
-----	---	---------

Auf Nachfrage von Herrn Naumann zum Erwerb einer Finanzsoftware vor 2 Jahren informiert der Bürgermeister, dass diese allumfassende Finanzsoftware bereits seit längerem zum Einsatz kommen sollte. Der Einsatz hatte sich aufgrund von administrativen Problemen verschoben. Dafür hätte zunächst die Hardware umgestellt werden müssen. Frau Gramsch erklärt, dass es sich seinerzeit um ein Modul zum frühzeitigen Scannen handelte und das ursprüngliche Programm beibehalten werden sollte. Das Programm wurde inzwischen gekündigt. Es wurde sich nach einem Programm umgesehen, dass für die Verwaltung am Besten geeignet ist - unter Berücksichtigung unserer Bedingungen. Das neue Programm sei außerdem für Rechnungen wichtig, die uns auf digitalem Weg zugehen.

Herr Marbach erklärt weiter, dass die Umstellung auf die neue Hardware nun den Einsatz einer komplett neuen Finanzsoftware ermöglicht. Die Finanzmittel hierfür sind vorhanden. Sie wurden unter Vorbehalt eingesetzt. Die neue Software soll im Oktober/November umgestellt werden. Hieraus ergibt sich ein 14-tägiges Zeitfenster. Jeder einzelne Arbeitsplatz soll umgestellt werden. Die zentrale Software wird auf dem Server installiert und Schulungen der Mitarbeiter durchgeführt. Hieraus ergibt sich dann ein papierloses Büro.

Herr Marbach stellt folgende Vorteile dar:

- durch Einstieg in die digitale Welt, entfällt das Papieraufkommen
- selbständiges Sortieren der Post
- automatische Rechnungsverteilung
- nach dem Scannen erfolgt direkt eine Papiervernichtung - Ausnahme: Fördermittel

Herr Naumann möchte wissen, ob jeder Arbeitsplatz mit einem Scanner ausgestattet wird?

Herr Marbach entgegnet, dass ein zentraler Scanner eingesetzt wird.

Beschluss 46-2020 lautet wie folgt:

Der Stadtrat der Stadt Raguhn-Jeßnitz beschließt eine außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Anschaffung einer neuen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesensoftware.

Die Mittelbereitstellung ist gesichert. Die Deckung der Ausgabemittel in Höhe von 46.800,00 Euro ist aus Mitteln der Kommunalpauschale des Landes Sachsen (KoPa) nach § 16 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 2020/2021i. V. m. § 16 Abs. 3 FAG für 2020

gewährleistet.

Hinweis: Der Bescheid für diese KoPa-Mittel erging am 28.4.2020, damit waren die Mittel in der Haushaltsplanung nicht berücksichtigt.

Es stehen (zusätzlich) Mittelermächtigungen (Haushaltsausgaberest 2019) in Höhe von 26.900 Euro bereit.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder : 7

davon anwesend : 7

**Abstimmung** Ja : 7 Nein : 0

**Enthaltungen : 0**

Mitwirkungsverbot : 0

7.4	Erhebung Elternbeiträge für den Monat Mai 2020 während der Corona-Pandemie	51-2020
-----	--	---------

Der Bürgermeister informiert, dass das Land zugesichert hätte, die Kosten für den Monat April zu übernehmen, die Kosten für den Kalendermonat März jedoch nicht. Ein Geldeingang im August blieb bislang aus. Die Einrichtungen waren im Mai teilweise geschlossen, weshalb nur Kinder von Eltern mit systemrelevanten Berufen die Einrichtungen besuchen durften.

Herr Marbach schlägt vor, die Erhebung der Elternbeiträge für den Monat Mai zu reduzieren, um somit die Eltern zu entlasten.

Frau Mädchen-Vötig ergänzt, dass wir auf die Erhebung der Elternbeiträge nicht komplett verzichten dürfen aufgrund der bestehenden Haushaltskonsolidierung. Sie sieht die bedarfsgenaue Abrechnung der Inanspruchnahme der Kinderbetreuung als Würdigung der Eltern, die ihre Kinder nur im Notfall in die Einrichtungen gebracht haben. Die meisten Eltern sind von den üblichen Betreuungszeiten abgewichen und haben nur ein Minimum dessen beansprucht. Mitunter brachten diese Eltern ihre Kinder nur tageweise in die Einrichtungen.

Sie weist aber daraufhin, dass ein Runderlass des Ministeriums die Verwaltung zur vollständigen Beitragserhebung berechtigen würde. Für die Entscheidung ist zu beachten, dass eine Erstattung vom Land an die Kommune - im Falle der Reduzierung der Elternbeiträge - nicht zu erwarten ist. Es handelt sich somit um einen freiwilligen Verzicht auf Einnahmen. Der Betrag beläuft sich auf 6.415 Euro.

Herr Dreißig bittet den Bürgermeister, dennoch eine Forderung an das Land nach finanziellem Ausgleich zu richten.

Beschluss 51-2020 lautet wie folgt:

Der Stadtrat beschließt, die Elternbeiträge für die Notbetreuung im Monat Mai 2020 anhand der Inanspruchnahme der Notbetreuung (tatsächlich in Anspruch genommene Betreuungszeiten abweichend vom bestehenden Betreuungsvertrag) zu erheben.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder : 7

davon anwesend : 7

**Abstimmung** Ja : 7 Nein : 0

**Enthaltungen : 0**

Mitwirkungsverbot : 0

7.5	Mitgliedschaft in der "Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt"	52-2020
-----	--	---------

Der Bürgermeister informiert, dass aufgrund der Initiative des Bürgermeisters der Stadt Aken (Elbe), Herr Bahn, die entsprechenden Kommunen im Dezember/Januar ein Radwege-Konzept aufgestellt haben. Die Stadt Raguhn-Jeßnitz wäre die 50. Mitgliedskommune, die beitrifft. Für den 26. August 2020 ist ein Treffen mit der Landesregierung in Aken (Elbe) vorgesehen, um die Arbeitsgemeinschaft entsprechend zu

gründen. Dabei soll die Radwege-Konzeption besprochen werden. Die Stadt Raguhn-Jeßnitz verfügt über ein Radwege-Konzept. Darin sind alle Kreis- und Landesstraßen aufgeführt (insgesamt 16 Abschnitte). Die Gesamtkosten für den Ausbau belaufen sich, zum heutigen Stand, auf ca. 8 Mio. Euro.

Die Bürgermeister der entsprechenden Mitgliedskommunen möchten wissen, wie sich die Landesregierung diesbezüglich positioniert und wie dieses Konzept umgesetzt werden kann.

Frau Dietsch betont, dass einige der in der Präsentation geplanten Radwege nicht ausgebaut werden müssen. Radwege sind teilweise aufgrund der Deichverteidigungswege, die von Radfahrern genutzt werden dürfen, bereits vorhanden. Für diese trägt die Stadt nicht die Verkehrssicherungspflicht. Sie bittet um Beachtung bei der Planung.

Herr Marbach erklärt, dass die Stadt Raguhn-Jeßnitz für die Verkehrssicherungspflicht nicht zuständig wäre. Für Kreis- und Landesstraßen ist nach geltendem Straßengesetz LSA der Straßenbaulastträger zuständig.

Der Bürgermeister wird diesen Hinweis aufnehmen. In erster Linie geht es darum, dass zunächst klar ist, welche finanziellen Mittel durch das Land bereitgestellt werden. Wie hoch ist die Summe, die seitens des Kreises zur Verfügung steht? Wie kann das Konzept umgesetzt werden? Eine Antwort blieb bislang aus.

Unsere Jahreskosten für die Mitgliedschaft würde 300 Euro betragen.

Herr Loth verweist zusätzlich auf die, im Internet aufgeführten, geplanten Kosten - Europaradweg und andere Kosten für allgemeine Radwege durch den MLV. Hieraus lasse sich erlesen, dass keine Ausgaben für diese Angelegenheit vorgesehen sind.

Herr Loth stellt sich zu § 2 der Geschäftsordnung dieser Arbeitsgemeinschaft folgende Fragen:

- Welcher Zweck wird verfolgt?
- Wie hoch ist der Radverkehr im Stadtgebiet?
- Wie hat sich der Radverkehr innerhalb der letzten 10 Jahre im Stadtgebiet entwickelt?
- Wie wäre eine Ladestruktur bei Elektrofahrrädern?

Weiterhin erörtert er, dass die Aufnahme eines IST-Bestandes notwendig sei, um Abwägungen/Entscheidungen treffen zu können.

Weitere Fragen zu Emissionen und dem damit verbundenen Umweltschutz sind zunächst zu prüfen.

Herr Loth betont, dass der Erfolg dieses Konzeptes nur mit Beantwortung der Fragen eintreten könne. Eine Basis müsse zunächst erarbeitet werden. Es komme auch auf eine daraus resultierende Vermarktung an.

Herr Marbach erklärt, dass für die Details und die Umsetzung des Konzepts inkl. den dafür notwendigen Maßnahmen ein Mitarbeiter aus dem Bauamt zuständig sein wird.

Herr Loth weist daraufhin, dass sich aus der Geschäftsordnung die Gründung eines Fachbeirates verwirklichen lässt. Er spricht sich mahnend dafür aus, dass diesem Fachbeirat kompetente, engagierte und umweltbewusste Mitglieder angehören, die zumindest eine Aufwandsentschädigung erhalten sollten.

Der Bürgermeister sagt Herrn Loth zu, dass er seine Hinweise weiterreicht.

Herr Naumann möchte wissen, wer die Schilder auf dem Mulderadweg aufgestellt hat?

Herr Marbach und Frau Dietsch teilen mit, dass diese der Landkreis Anhalt-Bitterfeld aufgestellt habe.

Der Bürgermeister fragt Herrn Loth, ob er ihm Hinweise zum Vorhaben zukommen lassen kann.

Beschluss 52-2020 lautet wie folgt:

Der Stadtrat beschließt, der "Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Kommunen Sachsen-Anhalt" mit einem Mitgliedsbeitrag nach Einwohnerzahl von jährlich 300,00 € beizutreten.

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 7		davon anwesend : 7
<b>Abstimmung</b>	<b>Ja : 7</b>	<b>Nein : 0</b>	<b>Enthaltungen : 0</b>
Mitwirkungsverbot	: 0		

8.	Anfragen und Anregungen der Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschussvorsitzenden
----	---

Herr Paulik fragt, ob dem Bürgermeister Vermessungsarbeiten an der Brücke in Raguhn bekannt sind?

Der Bürgermeister entgegnet, dass das Landesstraßenamt den Bereich eingemessen haben kann. Eingeleitete Aktivitäten sind uns bezüglich der Rathausstraße und der Wittenberger Brücke nicht bekannt. Eine Hauptuntersuchung der Brücke sei auch möglich.

---

Frau Dietsch möchte wissen, wie der Stand der Zuarbeiten durch Frau Paul bezüglich des Wegebaus im Park ist? Wie ist die Finanzierung?

Herr Marbach erklärt, dass bisher noch keine Finanzierung abschließend geregelt ist. Es wird überlegt, ob man für diese Angelegenheit ein Büro, aufgrund neuer technischer und vergaberechtlicher Änderungen, einschaltet. Somit muss zunächst eine Aktualisierung der Unterlagen erfolgen. Eine Rücksprache mit Frau Römmling ist bereits erfolgt.

Herr Loth verweist auf den nächsten Kreis-Finanzausschuss. Er erklärt, dass der Kulturausschuss nur noch beratend tätig ist. Somit musste die Förderrichtlinie für die Kulturförderung im ländlichen Raum angepasst werden. Eine "Leuchtturm-Förderung" ist entstanden. Der Kreisausschuss stellte Forderungen, sodass man für das Projekt keine Genehmigung mehr vom Kreis benötigt. Die geplanten 40.000 Euro wurden auf 60.000 Euro aufgestockt. In der Presse wurde dies negativ ausgelegt. Der Irrgarten bekäme angeblich zusätzliche Finanzmittel. Jedoch stand schon von vornherein fest, dass nur 3 Projekte gefördert werden.

Frau Gramsch möchte wissen, ob für die Förderung Eigenanteile der Stadt notwendig sind.

Herr Loth gibt an, dass Gemeindeanteile erforderlich sind. Jedoch ist Eigenleistung anrechenbar, hier eine Besonderheit.

Frau Dietsch bietet an, dass der Förderverein den Eigenanteil leistet.

---

Frau Dietsch möchte wissen, wo das Problem in der Möhlauer Straße bezüglich des Regenwassers liegt?

Der Bürgermeister erklärt, dass hier ein schwieriges Problem vorliegt. Das Aufnahmevermögen des Straßenablaufes und des Grabens ist grundsätzlich ausreichend, allerdings leiten alle Grundstückseigentümer ihr Regenwasser von Dächern und Hofeinfahrten auf die Straße. Hieraus resultiert das Problem. Das Aufnahmevermögen ist



dann nicht mehr ausreichend. Der Graben wird ein nächstes Projekt sein.

Frau Dietsch fragt, ob Maßnahmen gegen das zusätzliche Einleiten von Regenwasser getroffen werden können?

Herr Marbach verweist darauf, dass diese zusätzliche Einleitung nicht durch geltendes Recht begründet werden kann. Bei der Stadt Raguhn-Jeßnitz fehlt die entsprechende Regelung. Derzeit wird die Möglichkeit einer Vorflut mit dem Bauamt geprüft. Eine Lösung hierfür wird angestrebt.

Frau Dietsch weist darauf hin, dass das Zuleiten von Regenwasser zu Glatteis führen könne.

Frau Dietsch stellt sich die Frage, was mit der Hauptstraße passiert.

Der Bürgermeister erläutert, dass er mit dem Straßenmeister im Gespräch sei.

---

Frau Dietsch möchte außerdem wissen, ob es zum Thema Mäharbeiten auf dem Sportplatz Neuigkeiten gibt? Das Unkraut sei einen halben Meter hoch. Man sage ihr ständig, dass bereits gemäht wurde, was sie angesichts des Zustands aber bezweifelt.

Der Bürgermeister verliest daufhin einen Brief (Forderung einer Bürgerin, nicht mehr zu mähen) und sagt ihr einen geplanten und strukturierten Mäheinsatz zu. Es ist angedacht, teilweise eine Streuobstwiese herzurichten. Die unrichtigen Zusagen an Frau Dietsch basieren aufgrund von Schwierigkeiten mit der Firma TOKO.

Herr Naumann rät, dass zur Umstrukturierung eine Differenzierung bezüglich der Art der Wiese und der Häufigkeit des Mäheinsatzes vorgenommen werden sollte und dass alle Ortsbürgermeister angeschrieben werden sollten.

Herr Dreißig merkt an, dass jeder Ortsbürgermeister die Situation und den Zustand der Wiesen am besten einschätzen kann. Hieraus lasse sich ein Konzept entwickeln.

Herr Loth fügt an, dass man Naturwiesen entstehen lassen könne.

Herr Marbach informiert, dass andere Kommunen Schilder aufgestellt haben, aus denen das Nicht-Mähen der Wiesen hervorgeht. Er zieht das Aufstellen solcher Schilder ebenfalls in Betracht. Derzeit laufen auch Verhandlungen mit Schäfern. Dabei ist die Verpachtung von bestimmten Flächen vorgesehen. Die Ortsbürgermeister werden angeschrieben, mit der Bitte, wichtige, relevante Flächen wie Spielplätze, Sportplätze und Friedhöfe für künftige Mähzyklen zu benennen.

Herr Loth informiert, dass er diesbezüglich bereits einen interessierten Schäfer benennen könne.

---

Herr Loth fragt, ob größere Sportvereine mehr 1-Euro-Jobber bekommen als kleinere Vereine? Wie ist diese Situation in der Stadt Raguhn-Jeßnitz?

Der Bürgermeister erklärt, dass Regelungen eigentlich zwischen Sportvereinen und Arbeitsamt getroffen werden. Die Stadtverwaltung habe darauf keinen Einfluss.

---

Herr Loth, äußert den Wunsch im Namen einiger Vertreter des Ausschusses, dass eine weitere Stelle in den Stellenplan aufgenommen wird und ab nächstem Haushaltsjahr folgende Stelle neu zur Verfügung steht: Gerätewart (hauptamtlich)

Der neue Gerätewart soll die Stelle 2 Jahren lang übernehmen und dann ausscheidende Mitarbeiter im Bauhof ersetzen. Er bittet um Aufnahme in den Haushaltsplan.

Herr Marbach erklärt, dass dieser Gerätewart nicht nur dafür zuständig sein könne. Er benötige weitere Aufgaben. Hierzu hat aber schon ein Gespräch mit dem Bauhofleiter stattgefunden. Die Stelle wird im nächsten Stellenplan erscheinen.

---

Herr Naumann möchte wissen, ob die Stadt Raguhn-Jeßnitz einen Antrag auf Ausgleichszahlung für finanzschwache Kommunen gestellt hat (Beispiel: Bitterfeld-Wolfen)?

Der Bürgermeister entgegnet, dass diese Zahlung mit der Thematik Solar in Verbindung stand. Somit konnte kein Antrag seitens der Stadt gestellt werden.

---

Herr Naumann stellt sich außerdem die Frage, was aus der Initiative IT geworden ist.

Herr Marbach erklärt, dass die Initiative (KITU) bereits intensiv arbeitet. Die Umstellung erfolgt.

---

Herr Naumann stellt fest, dass er in den letzten Tagen Vermessungen am Kreisel in Jeßnitz wahrgenommen hat. Wofür wird hier eine Vermessung durchgeführt?

Der Bürgermeister erläutert, dass die Baufirma eine eigene Vermessung für ihre Umsetzung des Vorhabens vornimmt. Die beiden Kreisel in Jeßnitz werden erneuert, ohne Strukturänderungen. Die Planungen hierzu werden folglich überprüft.

Frau Dietsch fragt an, ob die Bepflanzung der Kreisel bestehen bleibt?

Herr Marbach informiert, dass eine kostengünstige Gestaltung vorgesehen ist.